

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindenbergstr. 3
Zerapredner: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag

27. September 1927

Verlag und Anzeigenverteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Docuents-Verlag GmbH
Berlin SW. 66, Cindenbergstr. 3
Zerapredner: Dönhoff 292 - 297

Wider den litauischen Faschismus.

Aufruf der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Das Bureau der S.A. hat folgenden Aufruf an die Arbeiterschaft Litauens gerichtet:

An die Arbeiterschaft Litauens!

Seit dreiviertel Jahren ist Euer Land der Diktatur von ein paar strupellosen Offizieren ausgeliefert. Seit Euch der frevelhafte Handstreich vom 17. Dezember 1926 Eure politischen Rechte geraubt hat, sind sich die organisierten Arbeiter aller Länder klar bewußt, daß die Herrschaft des „Generalsabscheßs Plechavičius“, der der wahre Gebieter über die sogenannte „Regierung“ Woldeparas ist, Litauen zu jenem Land in Europa gemacht hat, in dem die faschistische Reaktion neben Italien die grausamsten Erzele begibt.

Die Sozialdemokraten Litauens haben bei den letzten Wahlen im Mai 1926

einen gewaltigen Stimmenzuwachs

erzielt, sie waren zur zweitstärksten Partei vorgerückt und sie nahmen an der Regierung des Landes teil. Die Gewerkschaften und die Partei entwickelten sich immer besser. Da kam der Staatsstreich, der die kleine nationalfaschistische Partei, die im alten Seimas nur drei Vertreter besaß, aus Ruder brachte, die Partei des jetzigen „Präsidenten“ Smetona und des „Ministerpräsidenten“ Woldeparas. Alle demokratischen Rechte wurden beseitigt. Der Kriegszustand ist permanent, seit diese Diktatur besteht. Jede Form von Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit ist vernichtet. Ein Duzend Gewerkschaftsverbände wurden aufgelöst, unter ihnen die größten, die Gewerkschaften der Eisenbahner, der Metallarbeiter und der Lederarbeiter. Die Zeitung der Gewerkschaften wurde verboten, die Vertrauensmänner der Gewerkschaften in Konzentrationslager gesteckt oder aus dem Lande verbannt. Die Diktatur stellt sich auf den Standpunkt, daß die Gewerkschaften überhaupt überflüssige Institutionen seien. Alle parlamentarischen und demokratischen Mittel, um dem Willen des Volkes Ausdruck zu geben, sind unterbunden. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch die großen Schichten des Bürgertums und der Bauern sind von Haß gegen die militärische Willkürherrschaft erfüllt. Unter diesen Umständen ist es nur selbstverständlich, daß es immer wieder zu Versuchen kommen muß, die Usurpatoren der Macht

mit jenen Mitteln zu stürzen, die sie selbst angewendet haben.

Der Versuch, den Arbeiter und Bürger in Litauen unter-

nommen haben, um die Demokratie wieder herzustellen, ist gescheitert. Die Militärdiktatur nimmt nun Rache am Volke; vor allem glaubt sie, den günstigen Zeitpunkt zu haben, um das Ausrottungswerk an den Arbeiterorganisationen weiterzuführen. Wieder ist Blut in Litauen geflossen. Alle Toten fallen zu Lasten der Diktatoren. Ohne ordentliche Gerichtsverfahren nehmen sie Hinrichtungen vor, ja, sie nehmen sich nicht einmal Mühe, die Namen der zu Erschießenden richtig festzustellen. Und so konnte das Angeberliche geschehen, daß das Regierungsblatt von den ersten sechs Hingerichteten fünf Namen falsch angegeben hat und benötigt war, sie später richtigzustellen. Die Namen dieser ersten sechs Hingerichteten sind: Gudionis, Odovas, Plechavičius, Paulikas, Burnedis, Kaslauskas.

Später wurden acht weitere Todesurteile verhängt. Eines von ihnen wurde vollzogen. Der Name des Hingerichteten lautet Jonas Mikeraitis. Die anderen wurden in lebenslänglichen Kerker umgewandelt. Bisher sind insgesamt

sechzehn Auffällige zu lebenslänglichem Kerker,

einer zu zwanzig Jahren, einer zu fünfzehn Jahren, einer zu zehn Jahren und einer zu drei Jahren Kerker verurteilt worden.

Mit diesen Opfern ist die Blutgier der litauischen Diktatoren leider noch nicht erschöpft. Redungen von weiteren Verfolgungen treffen ein, die wir im Augenblick noch nicht zu überprüfen vermögen. Aber das, was bereits sicher feststeht, genügt, um die Arbeiter aller Länder zu schärfstem Protest gegen die Gewalt Herrschaft in Litauen aufzurufen.

Arbeiter Litauens!

Wir wissen, daß Euch jede Möglichkeit des Verkehrs mit dem Ausland abgeschnitten wird. Wir wissen, daß man den Verkehr macht, das hinausdringen der Wahrheit aus Eurer Lande mit allen Mitteln zu unterbinden. Ihr sollt aber wissen, daß trotz alledem die Sozialistische Arbeiter-Internationale Euch nach besten Kräften zu unterstützen trachten wird, daß sie das wahre Gesicht der Verdreher, deren Opfer gegenwärtig Litauen ist, der europäischen Öffentlichkeit zum Bewußtsein bringen wird und daß sie von Euch erwartet, daß Ihr auch in diesen schweren Tagen den Mut und die Entschlossenheit bewahrt, um Eure große Aufgabe zu erfüllen: die Wiederherstellung der Demokratie in Litauen!

nach Paris zurücktransportierte, die Stelle passierte. Es sind in der Nähe und in der Umgegend von Paris Maßnahmen gegen Ausländerkommunisten ergriffen worden.

Der Wahlerfolg an der Unterelbe.

Bürgerliche Befürchtungen für Hamburg. — Ein absoluter Verlusttag des Bürgertums.

Hamburg, 27. September. (Eigenbericht.)

Die vorläufige endgültige Feststellung des Altonaer Wahlergebnisses hat noch eine Beschiebung in der Mandatsverteilung zugunsten der Sozialdemokratie gebracht. Die Sozialdemokraten erhielten einen Sitz mehr, die Bürgervereinsvereinigung einen weniger. Die Sozialdemokraten haben 26, die Bürgervereinsvereinigung 9 Sitze, die Kommunisten 11 Sitze, sämtliche bürgerlichen Parteien von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten 24 Sitze.

In der bürgerlichen Presse hat das Wahlergebnis großes Entsetzen ausgelöst. Am deutlichsten spricht das „Hamburger Fremdenblatt“: Es stellt fest, daß dieses Wahlergebnis als politisches Stimmungsbarometer für die Hamburger Bürgerschaftswahlen angesehen werden muß. Aus der Tatsache, daß die Sozialdemokraten ihre Stimmenzahl nicht nur relativ, sondern auch absolut stark in die Höhe getrieben habe, ergebe sich für die bürgerlichen Kreise die ernste Warnung, alle Kräfte anzuspinnen, um mit jenem Nachdruck, freudlichster Bezeichnung und gütlicher Ueberredung die Bürger an die Wahlurne zu bringen. Der volksparteiliche „Hamburgische Korrespondent“ erklärt: „Die Wahl bedeutet einen sehr starken Aufschwung nach links. Die Herren Braun und Seewering werden heute einen zufriedenen Vormittag in Berlin erleben haben, als ihre Getreuen von der Unterelbe ihnen den Wahlerfolg ihrer Partei melden konnten. Alles in allem gehört der 25. September zu den Tagen, die als absolute Verlusttage des Bürgertums zu buchen sind. Der 9. Oktober (der Tag der Bürgerschaftswahlen) muß und kann den 25. September wettmachen.“ Das Blatt schließt mit dem Ruf: „Bürger Hamburgs, auf die Schenken! Der Feind steht vor den Toren der Botenstadt!“

Eisenbahnunglück bei Halle.

Drei Reisende schwer verletzt.

Halle, 27. September.

Nach einer amtlichen Meldung der Reichsbahndirektion Halle stieß heute morgen eine Lokomotive auf den Schluß des Personenzuges 574 Halle-Nordhausen auf. Dabei wurden drei Reisende schwer, der Lokomotivführer und 13 Reisende leicht verletzt. Lebensgefahr besteht bei niemand. Die Untersuchung ist eingeleitet.

„Warten, Hoffen, Handeln.“

Rehrens in Genf.

Genf, 27. September. (Eigenbericht.)

Nach der Beratung und Genehmigung der zwei letzten Berichte und Entschlüsse über die Vereinfachung des internationalen Rechts und der Annahme der von Schweden beantragten Budgeterhöhung um 70 000 Franken für den gleichen Zweck, ist soden die 8. Völkerbundsversammlung mit der üblichen Schlussrede des Präsidenten zu Ende gegangen. Herr Guani Iospries darin zunächst die Arbeitsmethode des Völkerbundes, um dann die besondere Bedeutung der diesjährigen allgemeinen Aussprache hervorzuheben und die wichtigsten Ergebnisse der Beratungen Revue passieren zu lassen. Dabei legte er das Hauptgewicht auf die erzielte Einigung in den großen Fragen der Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung und bezeichnete die dazu gefassten Resolutionen als mehr als ein Programm, als eine Tat. Er schloß mit der Zusammenfassung dreier im Laufe der Versammlung wiederholt gehörter Lösungsworte: Warten, hoffen, handeln. Alle drei hätten sich nunmehr bewährt.

„Konferenz“ zwischen Tür und Angel.

Genf, 27. September. (Eigenbericht.)

Die für Montag in Aussicht genommenen Besprechungen zwischen dem Außenminister Dr. Stresemann und Briand sowie zwischen Dr. Stresemann und de Broedère haben nachmittags im Foyer des Völkerbundsversammlungsraumes stattgefunden. Die Besprechung Stresemann-Briand dauerte etwa 1/2 Stunde und bot den Zuhörern das Bild einer recht deutschen Unterhaltung. Die Besprechung, die Stresemann mit dem belgischen Delegierten hatte, dauerte nur wenige Minuten. Ueber den Inhalt der beiden Unterredungen wird amtlich nichts mitgeteilt. Es verlautet, Stresemann und Briand hätten sich dahin verständigt, daß ihre Außenpolitik die gleiche wie bisher bleiben soll und im Augenblick keinerlei weitere Verhandlungen zu führen seien. Mit dem belgischen Delegierten ist eine ähnliche Verständigung getroffen worden. Die deutsch-belgischen Erörterungen über die Frankfurterfrage sollen — wie es heißt — auf diplomatischem Wege abgeschlossen werden.

Bomben gegen alliierte Frontkämpfer.

Zugattentate wegen Zacco-Vanzetti.

Paris, 27. September. (Eigenbericht.)

Die Attentatsversuche gegen die Züge der amerikanischen Legionäre mehren sich in den letzten Tagen. So ist im Laufe der heutigen Nacht wieder eine Bombe auf der Eisenbahnlinie von Paris nach Marseille, in der Nähe von Lyon, aufgefunden worden. Sie konnte noch rechtzeitig entfernt werden, ehe der Schnellzug, der die amerikanischen Legionäre von der Azurküste

Wir sind die Republik!

Ein Beitrag zur Kriegsschuldfrage.

Von Hermann Wendel.

Jedem Anhänger der Völkerverständigung wird es um die Töpfe leid tun, die Hindenburgs und Stresemanns Kriegsschuldreden in der auswärtigen Politik zer schlagen haben; dank diesen Deklarationen ballt sich wieder so viel Feindseligkeit gegen Deutschland in der Luft zusammen wie seit Abschluß der Locarno-Verträge nicht mehr. Solche Trübung der europäischen Atmosphäre mag zu dem außenpolitischen Programm der deutschen nationalen Regierungspartner gehören, aber wenn Westarps Mannen mit besonderer Wonne auf dem abgetriebenen Gaul der „Kriegsschuldfrage“ herumtraben, handelt es sich weit mehr um ein innerpolitisches Paradestück. Es ist ein Versuch der monarchistischen Banterotteure, nachträglich die Bilanz zu fälschen und einer gelöschten Firma neuen Kredit zu verschaffen.

Frellich herrscht diese Einsicht nicht allgemein vor, denn sonst könnten nicht auch gutgläubige Demokraten mit am Trog stehen, in dem das Regime von 1914 trampfhaft reingewaschen werden soll. Bewiß ist es nicht nur historisch, sondern auch politisch ausschlüssig, zu prüfen, wie sich im Sommer jenes Unheilsjahres die Verantwortung auf die verschiedenen Regierungen verteilte. Doch im Grunde hat die Republik wirklich Besseres zu tun als die Monarchie weizubrennen, deren materielle Konturmasse sie noigebungen übernehmen mußte, für deren moralische Konturmasse sie sich aber höflich bedankt. Bei der Behauptung, daß „Deutschland“ ein sehr wesentlicher Teil der Schuld am Kriegsausbruch zufalle, denken auch in Frankreich und England nur ein paar besonders engstirnige Fanatiker an das deutsche Volk. Das deutsche Volk lebte im Zustand des kaum verschleierte Abolutismus und hatte sich die Geschäftsführer der in seinem Namen gemachten Politik so wenig gewählt, wie es auf diese Politik Einfluß hatte. Die Familie Hohenzollern war „von Gottes Gnaden“, also an sich da, unermidlich, und die Regierung des Deutschen Reichs hing einzig vom Chef dieses Hauses, von Kaiser und nur von Kaiser ab. Genog der Reichskanzler das Vertrauen Wilhelms II., so durfte er unbelümmert auf das Mißtrauen des ganzen Volkes pfeifen, und gerade dem Kanzler des Kriegsausbruchs war dieses Mißtrauen ja zweimal, bei der Polenenteignung und im Fall Jöbern, durch die Mehrheit des Reichstags in aller Form bestätigt worden. Was dieser Monarch, diese Minister, diese Generale taten, inwiefern kann das deutsche Volk dafür haften, aus dessen nicht Beauftragte, sondern Herren sich jene hochmütig betrachteten!

Wenn der Feldzug gegen die sogenannte Kriegsschuldfrage der Rechtfertigung dieser Gewalttäter gilt, ist sein Zweck nur zu durchsichtig. Nicht umsonst wird wieder und wieder betont, daß „Deutschland“ auch kein Teilchen Verantwortung für die Weltkatastrophe treffe; es war das Lamm, das kein Wässerchen zu trüben mußte und von reichenden Wölfen tüchtig überfallen wurde. So bekannte noch unlängst auf der Gostlarer Tagung des „Arbeitsausschusses Deutscher Verbände“ der Leiter des Berliner Gymnasiums vom Grauen Kofler, Oberstudiendirektor Reimann: „Wir hämmern der Jugend ein, daß wir absolut unschuldig sind!“, und im gleichen Geiße fährt die Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage“, deren Inhalt weniger interessant ist als die Herkunft der für ihre Herausgabe nötigen Gelder. Die Voraussetzung aber, daß „wir“, nämlich Wilhelm II., Bethmann Hollweg, Jagow, Roltke, Tirpitz, „absolut unschuldig“ sind, schafft glatte Rechnung. Denn begann der Weltkrieg mit einem freien Ueberfall der anderen auf das friedlich grosende Deutschland, dann, so folgert kindliche Einfalt, steht auch der Kaiser, die Hohenzollernfamilie, das ostelbische Junkertum, der preussische Koflernenhof und das ganze alte System sonder Makel da, und der November 1918 ist genau so über Unschuldige hereingebrochen wie der August 1914 — nieder mit der Republik und hoch die Monarchie!

Kein Zufall ist es denn, daß die lautesten Schreier gegen die „verfälschte Lüge“ von „Deutschlands“ Verantwortung auch die eifrigsten Verbreiter der Dolchstoßlegende sind, und der Berliner Abend des „Arbeitsausschusses“ vor einem Jahr, auf dem der ahnungslose amerikanische Professor Barnes mit der Lobpreisung des „Friedenskaisers“ Wilhelm II. freudigsten Jubel ertete, wirft gleichfalls scharfes Licht auf die Hintergründe der ganzen Bewegung. Auch hat nicht nur der erledigte Mann in Doorn unlängst in seinem Größenwahn verkündet, daß die Zurücknahme der „Kriegsschuldfrage“ durch die Entente mit seiner feierlichen Zurückführung auf den Thron enden müsse, sondern früher schon hat Knilling, Bayerns reaktionärer Ministerpräsident, den Kern all der Unschuldsbeteuerungen herausgeschält:

Wenn das Lügengewebe von Deutschlands Kriegsschuld einmal endgültig zerrissen ist, entschwindet vor den Augen der Welt damit auch der letzte Schein einer Rechtfertigung für das ungeheure Verbrechen, das im November 1918 von Volksgenossen mit Frevelhand verübt wurde.

Natürlich stapfte der offenerzige Bajuware auf einem Holzweg daher. Weder braucht die Novemberrevolution durch die Schuld der Monarchie am Ausbruch des Weltkrieges „gerechtfertigt“ zu werden noch würde sich an der historischen „Legitimität“ der Republik etwas ändern, wenn die deutschen

Gewalthaber von 1914 weniger belastet daständen, als sie es tun. Aber da die Anhänger der Farben Schwarz-Weiß-Rot in mannigfachen Selbsttäuschungen befangen sind, ist die Kriegsschuldfrage für sie einer der Sturmböcke, mit denen sie gegen die Mauern der Republik anrennen.

Das kann auf die Haltung der Republikaner zu dem Problem nicht ohne Einfluß sein. Zwar verbietet uns schon die sozialistische Weltanschauung, auf einer Seite alle Verantwortung für ein solches Weltgeschehnis zu suchen und Deutschlands Führer allein des höllischen Feuers schuldig zu sprechen; auch in Petersburg und Paris mischten dunkle Burschen verhängnisvolle Karten. Aber vermag niemand und nichts den Berliner Machthabern von 1914 die Last abzunehmen, deren Größe allein durch die deutschen und österreichischen Aktenveröffentlichungen schauerlich deutlich wird, so muß unsere erste Lösung ihnen gegenüber lauten: Desolidarisierung! Wir sind die Republik, sie sind die Monarchie, dazwischen liegt der 9. November! Der französischen Republik fiel es nach 1870 nicht im Traum ein, in den Anklagen deutscher Geschichtsschreiber gegen den davongejagten Bonaparte und seine Kameluden eine „moralische Belastung“ des französischen Volkes zu sehen, sondern sie handelte folgerichtig nach dem Wort des großen Nationaldichters Viktor Hugo: „Stammt dieser Krieg von uns? Das Kaiserreich hat ihn gewollt, das Kaiserreich hat ihn gemacht. Das Kaiserreich ist tot. Gut so! Wir haben mit diesem Kadaver nichts zu schaffen.“

Wann kommt der deutsche Minister, der auf Anschuldigungen gegen das Kaiserreich die stolze Antwort gibt: „Wir haben mit diesem Leichnam nichts zu schaffen. Wir sind die Republik!“

Vorwärts im Industriegebiet!

Imposante Rundgebung der westfälischen Sozialdemokratie. — Sebering vor dem Ruhrproletariat.

Reddinghausen, 27. September. (Eigenbericht.)

Der vergangene Sonntag wurde dem Proletariat des westfälischen Landes, dem Industriegebiet zwischen Ennscher und Lippe, zu einem unauslöschlichen Erlebnis. Tausende von Parteigenossen strömten aus allen Städten und Gemeinden des Westes der alten Mitropole Reddinghausen zu, um dort, zu einer gewaltigen Masse zusammengeballt, unter der überregenden Führung Karl Severings den Sturm marsch in das Wahljahr 1928, das Schicksalsjahr der Republik, zu eröffnen. Um die Massen zu befördern, mußten mehrere Sonderzüge eingesetzt werden. Der prächtige, geräumige städtische Saalbau konnte die Massen unmöglich aufnehmen. In allen Räumen, auf allen Galerien brechende Hülsen von Menschen, die atemlos dem Redner Karl Severing lauschten. Die Rundgebung gestaltete sich zu einer wichtigen Demonstration, die den ersten Höhepunkt in der glänzenden Rede Severings, den zweiten in einem riesigen Demonstrationsszug fand. An der Spitze des Zuges, hinter sich die unübersehbaren Massen von Parteigenossen und Reichsbannerkameraden, unzählige rote und schwarzrotdüne Fahnen, marschierte Karl Severing. Neuer Wille befehl wieder das Industrievolk. Mit der Beförderung der wirtschaftlichen Verhältnisse ertösch hier der kommunistische Spuk; die Arbeiterhaft findet zurück zur alten, bewährten Partei. Wir marschieren im Industriegebiet! Dafür war dieser Sonntag überzeugender Beweis.

Der angehäufelte Landgerichtsrat.

Ein Beitrag zur richterlichen Objektivität.

In Breslau ereignete sich dieser Tage folgender Vorfall: In der ersten Abendstunde betrat ein dortiges Lokal ein elegant gekleideter Herr, der sofort in lautem Tone mit anti semitischen Äußerungen um sich warf. Er schimpfte in allen Tonarten auf die „Judenpresse“, rief über das ganze Lokal, daß alle Juden Betrüger seien und gebrauchte abfällige Redewendungen über republikanische Politiker und Regierungsmitglieder. Plötzlich erhob sich einer der Gäste, stellte sich als der demokratische Landtagsabge-

ordnete Hermann vor und ersuchte den Schimpfbold um seinen Namen. Nützlich der nationale Mann das ab, beschimpfte aber dafür den Landtagsabgeordneten, der notabene Inhaber der Goldenen Rettungsmedaille ist. Hermann blieb nichts weiter übrig, als den Rufstörer polizeilich festsetzen zu lassen und — siehe da — nun entpuppte sich dieser als der Landgerichtsrat Gallin, tätig am Breslauer Landgericht!

Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, ist wegen der Vorgänge ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Nach der Schilderung darf man wohl annehmen, daß Herr Landgerichtsrat Gallin sich in angetrunkenem Zustand befunden hat. Infolgedessen ist ihm die Selbstbeherrschung abhanden gekommen, die er im Amte sicherlich zu wehren pflegte. Aber gerade das interessiert uns: wie solch ein „objektiver Richter“ sich in unverständlichen Zuständen gibt. Vielleicht würde manches in politischen Prozessen gefällte Urteil begreiflicher, wenn man seine Verfassung am Abend nach der zweiten Flasche Wein kennen lernte.

Die Beratungen des Strafgesetzausschusses. Der Ausländerparagraf mit 9 gegen 8 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen.

Der Strafgesetzausschuss des Reichstages leitete heute seine Beratungen des § 7 des Gesehtentwurfes fort. Genosse Landsberg kritisierte, daß nach dem Entwurf ein Ausländer in Deutschland abgeurteilt werden könne, wenn er im Auslande eine Straftat begangen hat und in Deutschland betroffen und nicht ausgewiesen wird. Wenn das Ausland nicht bestraft, brauche auch Deutschland nicht einzugreifen. Wir sollten doch nicht ausländischer sein als das Ausland. Es würde sich auch ergeben, daß Laten, die nach dem ausländischen Recht, zum Beispiel wegen Verjährung, nicht verfolgt werden können oder weil ein Straf Antrag notwendig sei, aber nicht gestellt werde, in Deutschland, wo die Verjährungsfrist vielleicht länger oder ein Straf Antrag nicht notwendig sei, verfolgt würden.

Ministerialdirektor Dumke erwiderte, daß der Gesehtentwurf auf österreichischen Wunsch zurückzuführen sei. Die Bedenken des Abg. Landsberg, die nicht von der Hand zu weisen seien, sollten in der Strafprojektsordnung berücksichtigt werden.

Die auf Einschränkung des § 7 gerichteten Anträge der Sozialdemokraten wurden abgelehnt, es wird jedoch mit Hilfe der Sozialdemokraten und Demokraten ein deutschnationaler Antrag angenommen, der eine Einschränkung wenigstens insofern bringt, als deutsches Recht nur angewendet werden solle, wenn die Tat sich gegen das Rechtsgut eines Deutschen richtet.

§ 7 Absatz 2 des Entwurfes bestimmt, daß wenn der Ort der Tat keiner Staatsgewalt unterworfen sei, deutsches Recht angewendet werden könne, wenn nur die Gesetze des Reiches die Tat mit Strafe bedrohen.

Genosse Dr. Rosenfeld wandte sich gegen diese, über das geltende Recht hinausgehende Auslegung. Nach dem Gesehtentwurf würde man in der Straftat zum Beispiel eingeschritten können, wenn jemand eine Gotteslästerung in der Wüste Sahara begehe. Das Mindeste sei doch, daß nur wegen gewisser ganz schwerer Verbrechen in Deutschland eingeschritten werden dürfe, wenn sie in der Tat begangen seien, die keiner Staatsgewalt unterworfen wären.

Abg. Kahl meint, daß man hoffentlich immer so vernünftig sein werde, in solchen Fällen ein Einschreiten zu unterlassen.

Auch zu diesen Paragraphen wurden die sozialdemokratischen auf Einschränkung gerichteten Anträge abgelehnt, und nur mit Hilfe der Sozialdemokraten und Demokraten der deutschnationaler Antrag angenommen, nach welchem auch Laten, die in Orten ohne Staatsgewalt begangen seien, nach deutschem Recht nur dann verfolgbar wären, wenn sie sich gegen das Rechtsgut eines Deutschen richteten oder von einem Deutschen verübt seien.

Bei der Abstimmung über den ganzen § 7 ergab sich das eigen-

tümliche Resultat, daß er nur mit den neun Stimmen der Deutschnationalen und Bayerischen Volkspartei gegen die acht Stimmen des Zentrums und der Kommunisten, bei zehn Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten und Demokraten angenommen wurde. Die Beratung dauert fort.

Ein berufsmäßiger Verleumder.

An den Pranger!

Genosse Otto Hörjning schreibt uns:

Ein deutschösterreichischer Agitator namens Haffelbacher, der angeblich aus Kirchdorf (Kreis Verchow II) stammt und sich in rein agrarischen Kreisen als „ehemaliger Landwirt“, in Industriekreisen als „Arbeiter und ehemaliger Sozialist“ aufspielt, hält es für nötig, in fast jeder seiner Versammlungen über führende Personen der Republik herzu ziehen und die unglaublichsten Behauptungen aufzustellen. So hat er im Juli d. J. in einer Versammlung in einem Magdeburger Borort die Behauptung aufgestellt, der preussische Innenminister Erziesinski habe Photographien gefälscht, um den Völkischen Fremden nachweisen zu können. Vom Reichsaussenminister Dr. Stresemann behauptet er, dieser habe verschwiegen, daß 4000 deutsche Kriegsgefangene um die Gasse gebracht worden sind und im Anschluß an diese Bemerkung hat er den Minister auf das gräßlichste beschimpft. Schließlich ist Haffelbacher auf meine Person zu sprechen gekommen und hat unter anderem folgenden Satz gesagt:

„Herr Oberpräsident Hörjning soll in Hamburg 40 000 Paar Stiefel verfertigt haben.“

Hierzu bemerke ich, daß ich es ablehne, mich mit diesem Manne, der berufsmäßig verleumdet, vor Gericht herumzuschlagen. Das kann ich besonders deshalb, da jeder, der mich kennt, weiß, daß ich noch nie im Leben Geschäfte gemacht habe, weder dort, wo ich tätig war, und ganz besonders nicht in Hamburg, wo ich außer als Handwerker, nie beschäftigt gewesen bin. Die Leichtfertigkeit, mit der dieser Bursche mir einen Stiefelhandel unterstellt, ist nicht zu übersehen. Er geht offenbar von der Auffassung aus, daß seine Verleumdungen von untrübsamen Menschen für bare Münze genommen werden. Indem ich noch einmal vor aller Öffentlichkeit erkläre, daß ich niemals Geschäfte, wie sie mir Haffelbacher unterstellt, gemacht habe oder an ihnen beteiligt gewesen bin, übergebe ich den Verleumder, dessen Vorgehen schließlich pathologisch zu werten ist, der öffentlichen Berachtung. Ich werde in Zukunft alle Leute, die nicht aufhören wollen, mich mit Schmutz zu bewerfen, in dieser Weise behandeln.

Litauen verstimmt.

Ueber den „Vorwärts“-Aufsatz des Genossen Kalinin-Riga.

Kowno, 27. September.

Das offizielle litauische Blatt „Lietuvis“ äußert sich sehr verstimmt über die Stellungnahme führender lettischer Sozialdemokraten zu den litauischen Regierungsmahnahmen nach dem Lawrogger Parich. Die Sozialdemokratie sei in Lettland die Regierungspartei, und es wirke sehr befremdend, wenn diese Partei nicht nur in Lettland litauische Regierungsmahnahmen scharf kritisiere, sondern sogar einem ihrer Führer gestatte, eine solche Kritik auch in einem sozialdemokratischen Blatt Deutschlands zu veröffentlichen.

Ebenso befremdend nennt es der „Lietuvis“, daß ein in Riga erscheinendes litauisches Emigrantentblatt ungehindert zum bewo- nenen Zustand in Litauen gehen dürfe. Rauerdings sei auch festgestellt worden, daß die lettischen Schaffner der Transitzüge bei der Durchfahrt durch Litauen heimlich revolutionäre Literatur verbreiten. Aus alledem zieht das litauische Regierungsbblatt den Schluß, daß über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit der baltischen Staaten doch noch ernstlich nachgedacht werden müßte.

Das Ehrenzeichen 1. Klasse erhielt Erminister Dr. Rütz als „höchste vom Roten Kreuz zu vergebende Auszeichnung“. Der Mißbrauch, der mit diesen Abzeichen des Roten Kreuzes getrieben wird, greift immer weiter!

Die elektrischen Hasen.

Von Hans Bauer.

In Berlin haben die ersten Windhundrennen stattgefunden — ein neuer Sport dies, der aus Amerika und England zu uns herübergekommen ist. Es wäre wohl nicht ganz leicht, die Tiere durch Worte und Gesten zu bestimmen, zur rechten Zeit loszurennen und in einer gewissen Richtung sich zu bewegen. Deshalb macht man sich ihren Jagdinstinkt zunutze. Den Hunden werden Hasen vorausgeschickt — aber ach, es ist ein ungleicher Kampf, den die Verfolger zu bestehen haben. Mit ihren vier stinken Beinen stürmen sie nicht gegen andere vier Beine an, Kreatur steht nicht gegen Kreatur, die Hasen sind keine leidenschaftigen Flüchtlinge mit in Todesnot klopfendem Herzen, sondern, auf vorgezeichneter Bahn sich bewegend, tolle Maschinen, denen der elektrische Strom genüssig Kraft gibt, jede irdische Geschwindigkeit lebender Wesen mit einer schnelleren zu beantworten. Die Hunde werden genarrt. Sie verschmenden ihren tierischen Ehrgeiz an ein unerreichbares Ziel. Sie legen mit angespanntesten Muskeln einem Irrlicht hinterher. Sie pressen die letzte Kraft aus sich heraus, aber nie winkt ihnen eine Siegeschance. Der Mensch hat einen unheimlichen Automatismus erfunden, der alle Leidenschaft ihrer Beine und alle Andrunst ihres Willens verhöhnt. Sie sind die Befehlsgeber des Tempos. Wildheit der Hege und Urinstinkt des Laufens singt durch ihre Glieder. Aber in diesem stieren Robell des Hasen wirkt die falkschnäuzige Ueberlegenheit angewandter Mechanik, an der jede Hingabe gerichtet.

Es ist der ewige Widerstreit zwischen heißblütiger Entflammtheit und Präzision der Apparatur, der im hoffnungslosen Kampf lebendiger Beine gegen die tote Materie eines seiner viel tausend Geschlechter zeigt, und gerade hier seiner brutalsten eines, wo die Unvernunft des leidtragenden Partners das Verständnis der Zusammenhänge ausschließt.

Da brausen sie nun daher, die Hunde, fast schwebend im Raum, mit pendelnder Junge, mit fliegenden Ohrlappen. Es ist Energie und Wille in ihnen, aber der eisse, der zu nichts führt. Vom ersten Sprung an sind sie geprellte Opfer eines undurchschaubaren Mechanismus, der gegen die in Schmerzen geborene Leistung die Gewalt seiner physikalischen Formel austrumpft. Der unbeladete Stoff besiegt die lebendige Kraft, der imponierendste Lauf edler Rassehunde sinkt zur grotesken Unzulänglichkeit zusammen.

Aber wer möchte guten Gewissens den ohnmächtigen Ehrgeiz dieser Tiere belächeln? Sind sie nicht, wie sie in rasender Hast und mit befehlendem Ernst an eine Unerfüllbarkeit sich verschwenden, Sinnbild unseres geistigen Lebens, das der Erkenntnis seiner letzten Ursachen mit kosmischer Wichtigkeit nachgeht und sie nicht zu lassen vermag, was es sich auch darum müht!

„Sinfonie der Tausend“ in Magdeburg.

Ein lange gehegter Wunsch ist endlich in Erfüllung gegangen: seit Jahr und Tag möchte man in Magdeburg die Werke von Gustav Mahler aufführen. Aber woher in einer Provinzstadt die ungeheuren Mittel nehmen, die dazu benötigt werden? Im Stadttheater, wo bisher die Sinfoniekonzerte veranstaltet worden sind, wäre der ganze verfügbare Raum von den Ausführenden in Anspruch genommen worden. Jetzt aber, wo die Konzertsaalfrage durch die Erbauung der neuen Stadthalle in so glücklicher Weise gelöst worden ist, und die Deutsche Theaterausstellung ohnehin zu außergewöhnlichen Leistungen verpflichtet, konnte man das alte Projekt in die Tat umsetzen.

Freilich reicheten die Magdeburger Kräfte nicht aus. Man mußte den größten Teil der Chormitglieder aus Braunschweig kommen lassen. Rabezu 700 Sänger, darunter der Knabenchor, und vier von den sieben Solisten waren Braunschweiger, und sogar den Dirigenten, Generalmusikdirektor Rikoren, stellte Braunschweig. Das Magdeburger Städtische Orchester war durch Dessauer Kräfte fast auf die doppelte Normalstärke, nämlich auf 120 Mann, verstärkt worden. Es war also beinahe ein Braunschweiger Gastspiel.

Natürlich gab es ein paar Unzulänglichkeiten. Die Vorbereitung konnte nicht so sorgfältig sein, als wenn man alle Mitwirkenden zusammengehabt hätte. Von den Solisten verpassten der erste Tenor, die zweite Altistin und der Bassist. Außerdem hatte man sich nicht auf die doch gewiß abendfüllende Sinfonie beschränkt, sondern „matteire“, und zwar mit dem Es-Dur-Konzert von Beethoven, das der bedauernde Wert Rembaur auf einem abgeheilten Flügel ausführen mußte, und — weit schlimmer — mit einem „Deutschen feierlichen Marsch“ von dem Festdirigenten, der, ein wertloser Schmarren, in die deutsche Hymne ausließ und Anlaß wurde zu einer zwangsmäßigen vaterländischen Rundgebung.

Von diesen Schönheitsfehlern abgesehen, kam das Werk überaus gut heraus. Ritoren dirigierte mit unbeeirrbarer Sicherheit und viel Schwung und ging, soweit die mangelnde Vorbereitung das zuließ, auf die vielen irdischen Zierheiten liebedoll ein. Trefflich unterstützten ihn dabei die Sängerinnen Gertrud Förstel, Liesel Sturmeis und Willi Reizer und der Sänger Karl Kamann. Die neue Stadthalle, von mehr als 3000 Personen gefüllt, bot mit ihrer sachlich reinen Architektur und ihrer ausgezeichneten Akustik einen vorzüglichen Rahmen. Dr. Hermann Heber.

Das Wunder von Konnerreuth. Ueber dieses zugkräftige Thema, das ein großes Publikum in die Aula des Werner-Siemens-Realgymnasiums gelockt hatte, sprach der Aeroarzt Sanitätsrat Dr. Georg Flatau im Auftrag des Deutschen Konistensbundes. Wer erwartet halte, etwas grundsätzlich Neues oder Entscheidendes zu erfahren, dürfte von dem Vortrag enttäuscht gewesen sein. Denn, wie auch ganz richtig hervorgehoben wurde, stugt sich alles, was über den Fall bisher berichtet worden ist, auf unvollkommene Beobachtungen, und man kann daher nichts anderes als Vermutungen aussprechen, solange die „hysterische“ nicht einer Klinik überwiesen wird, in der sie unter strengster ärztlicher Kontrolle steht, statt unter derjenigen von Krankenschwestern und

Rennen. Im übrigen wurde in erfreulich objektiver Weise von dem Vortragenden resümiert, was über den Fall Therese Reumann bisher bekannt geworden ist. Es wurden eine Menge Beispiele aus der Geschichte von acht Jahrhunderten angeführt, in den Stigmatisierte fast ausschließlich die gleichen Erscheinungen aufweisen wie die Reumann. Man brauche weder an Wunder zu glauben, noch an Betrug, vielmehr neigt der Redner zu der Ansicht, daß hier echte hysterische Erscheinungen vorliegen — seien sie nun durch Fremd- oder Eigenuggestion erzeugt — zu den uns durchaus geläufigen Krankeitsbildern gehören — unterstügt vielmehr durch Heberreihung und Teissimulation! — Diese Erklärung erscheint vorläufig annehmbar, bis durch eine volle Aufklärung auch dieser Fall, wie so viele ähnliche vor ihm, zu den Akten gelegt werden wird und hoffentlich bald nur noch historisches Interesse beansprucht — als ein Dokument unserer Zeit! S. H.

Reichstagung der bildenden Künstler. In der letzten Woche hat der Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands seine diesjährige Hauptversammlung abgehalten, in München, von wo vor sieben Jahren die Bewegung zur Begründung dieser Gesamtorganisation für Deutschland ausgegangen ist. Der Vorsitzende des Verbandes, Hoene, und der Generalsekretär Otto Marcus führten vor allem die Verhandlungen. Man sah ihnen diesmal mit einer gewissen Spannung entgegen, da von dem Kartell der Berliner Künstlerverbände die Anregung ausgegangen war, ein Kartell solcher Verbände im ganzen Reich zu bilden und so dem Reichswirtschaftsverband einen zweiten Verband an die Seite zu stellen. Die Vertreter aller Gatt der deutschen Kunstlerenschaft — auch Oesterreich war vertreten — lehnten eine solche neue Gründung einstimmig ab. Die Gedanken, die für das Berliner Kartell von den Malern Eugen Spiro und William Bauer vertreten wurden, fanden keine Unterstützung. Die Delegation aus Berlin, die Maler Dettmann und Bollheim, der Bildhauer Boffelt, der Gartenarchitekt Kruemper, die Bildhauerin Willy Steger waren ebenso dagegen wie die Münchner. Als das Rotwendigste bezeichnete Marcus die einheitliche Wissensbildung der Kunstlerenschaft; sie ist unmöglich, wenn zwei selbständige Organe da sind, eine zu teure und komplizierte Ueberorganisation, die wieder einen neuen Oberverband bedingen würde. Um den alten Verband gegen den Einwand, er sei nur wirtschaftlich, zu sichern, taufte er sich in „Reichsverband bildender Künstler Deutschlands“ um. — In dem Geschäftsbericht, den Marcus erstattete, und den Anträgen dazu kamen die letzten Hauptfragen der Kunstler zur Besprechung. Die Rolle der Kunstler ist mit Staatsmitteln nicht zu beheben. Die Hauptsache ist, die Stellung der Kunstler im Wirtschaftsleben zu festigen; je weniger private Sammler und Kunstfreunde in Betracht kommen, um so mehr kann die Industrie für ihren Werbedienst und das Reproduktionswesen in seinen großen Anstalten Kunstler brauchen. Das Urheberrecht mehr als bisher auszuweiten ist man bemüht. Daß der Schüler schon beim Kunstunterricht auf praktische Verwendung hingewiesen wird, bleibt raskam — das preussische Kultusministerium hat durch Marcus eine Schrift herstellen lassen: „Was muß der junge Kunstler vom Wirtschaftlichen wissen?“, die an die Kunstschüler verteilt werden soll. Die mögliche Rolle der Vertreter der freien Berufe im Reichswirtschaftsverband wurde beklagt. Gegen die Mißstände im Auktionswesen

